



Kassenärztliche  
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

# *Das Spannungsverhältnis zwischen zivilrechtlichem Behandlungsanspruch und sozialem Leistungserbringerrecht nach dem Patientenrechtegesetz*

**18. Münsterische Sozialrechtstagung**  
am 30.11.2012 in Münster

Barbara Berner  
Fachabteilungsleiterin in der Rechtsabteilung

# Patientenrechtegesetz

**„Entwurf eines  
Gesetzes zur  
Verbesserung der  
Rechte von  
Patientinnen und  
Patienten“**

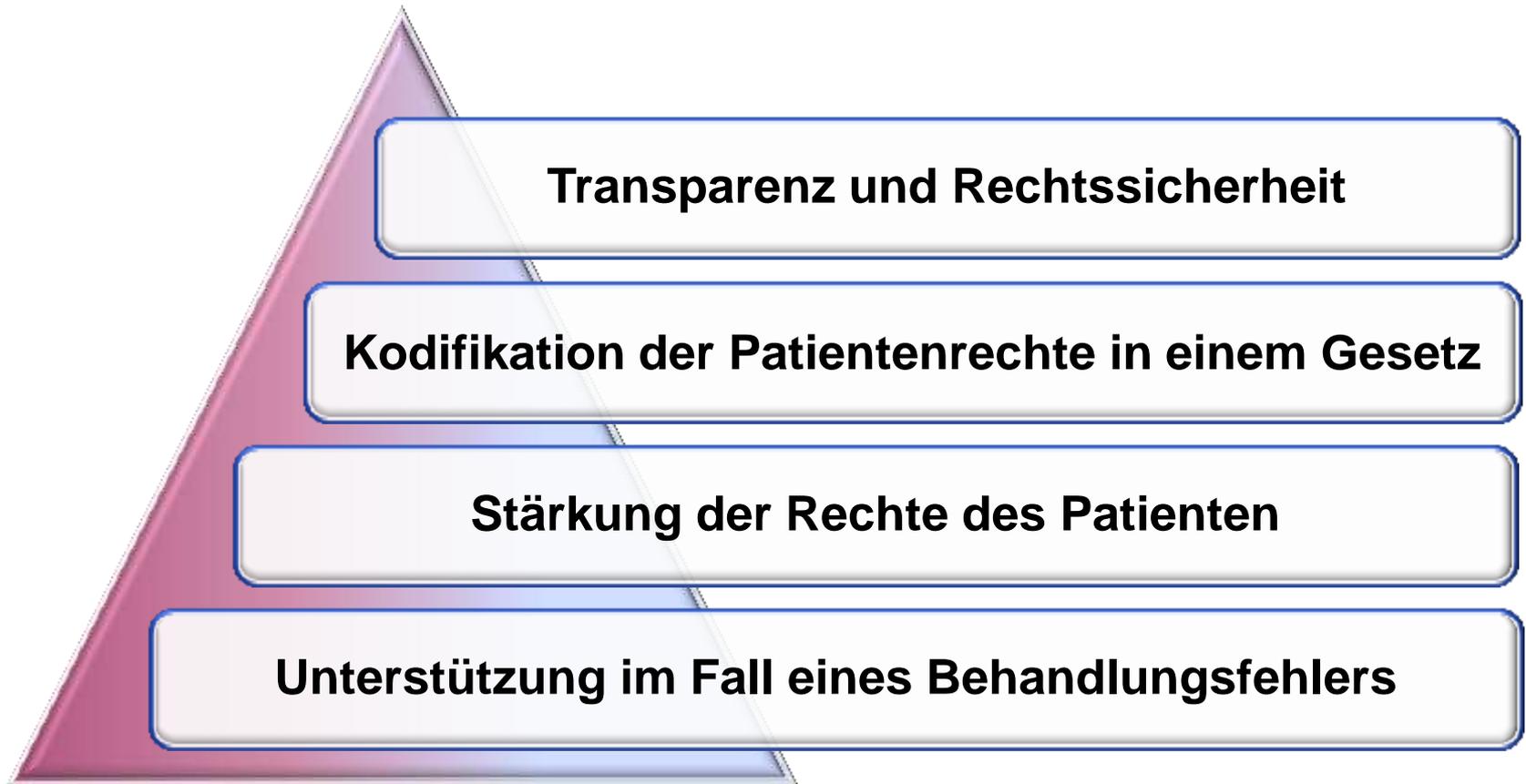
Gesetzesentwurf der  
Bundesregierung vom  
15.08.2012

BT-Drucks. 17/10488

Inkrafttreten  
geplant zum

**01.01.2013**

# Ziel des Patientenrechtegesetzes

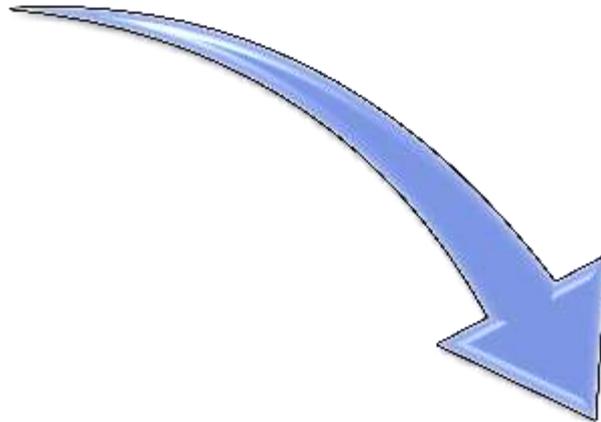


# Inhalt des Patientenrechtegesetzes

-  **Kodifikation des Behandlungs- und Arzthaftungsrechts im BGB**
-  **Stärkung der Verfahrensrechte bei Behandlungsfehlern**
-  **Förderung der Fehlervermeidungskultur**
-  **Patientenbeteiligung in der Selbstverwaltung**
-  **Patienteninformation**

# Arzt-Patienten-Verhältnis

**Künftig durch das  
Patientenrechtegesetz geregelt**



**Neuer Vertragstyp:**

**Behandlungsvertrag nach § 630a -neu- BGB**

# Behandlungsvertrag nach § 630a -neu- BGB

## Vertragspartner

### Patient

- Gewährung der versprochenen Vergütung
- Aber:** GKV-Versicherter erhält grds. Sachleistung, daher besteht keine Zahlungspflicht, wenn ein Dritter wie Krankenkasse zahlungsverpflichtet ist (§ 630a Abs. 1 -neu- BGB)

### Behandelnder

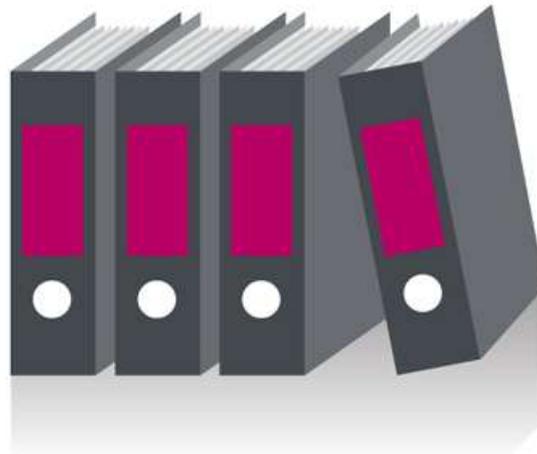
- sagt die medizinische Behandlung eines Patienten zu
- Behandelnder nicht immer Ausführender der Leistung (z. B. im MVZ, Krankenhaus)
- nicht nur Ärzte, sondern auch Angehörige anderer Heilberufe, deren Ausbildung durch Bundesgesetz geregelt ist

**Zivilrechtlicher Behandlungsvertrag  
gilt für PKV- und GKV-Patienten**

# Behandlungsvertrag nach § 630a -neu- BGB

## Vertragstypische Pflicht

Erbringen der versprochenen Behandlung nach dem zum Zeitpunkt der Behandlung bestehenden, allgemein anerkannten fachlichen Standard



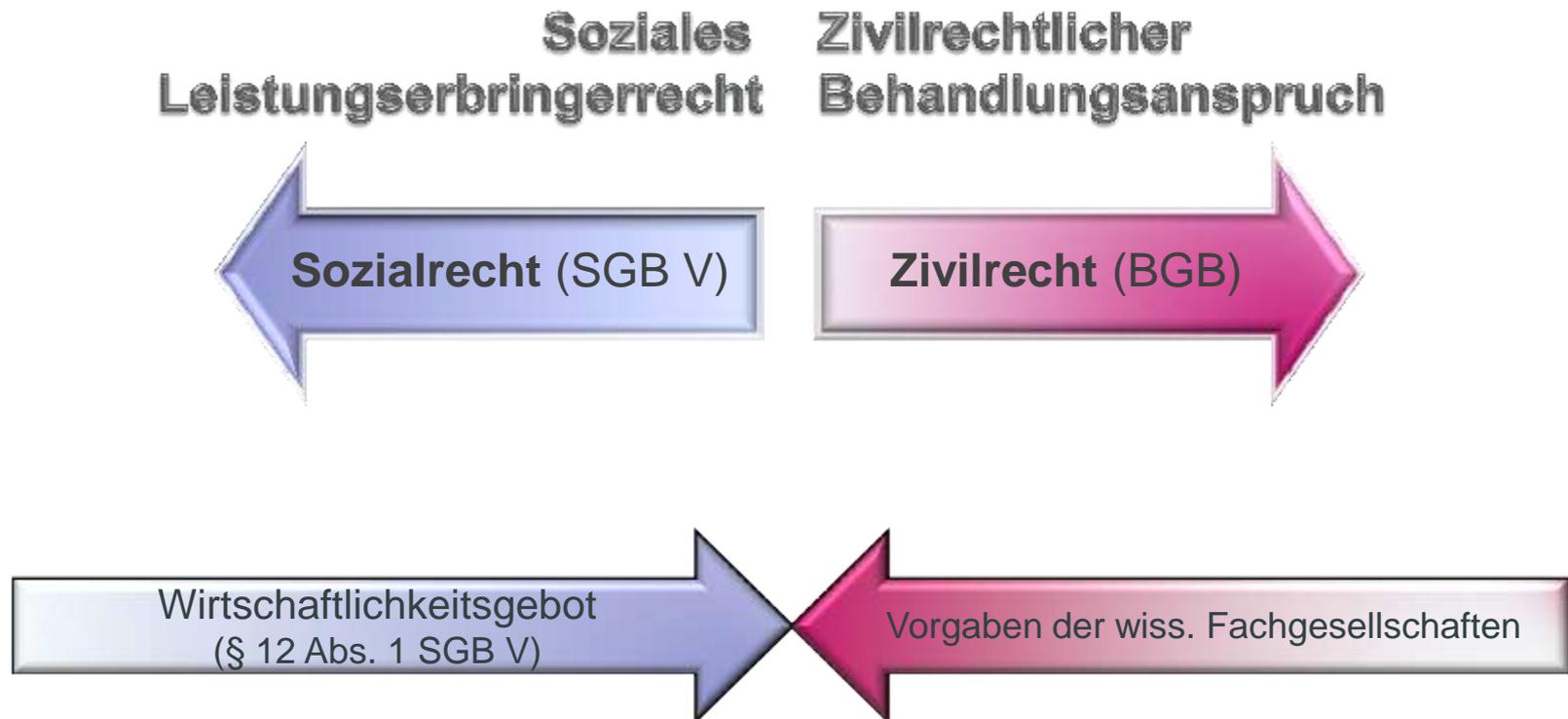
# Allgemein anerkannter fachlicher Standard

## Begründung zum Patientenrechtegesetz (Seite 19 – 20)

*... im Regelfall auf den jeweiligen Stand naturwissenschaftlicher Erkenntnis und ärztlicher Erfahrung abzustellen, der zum Erreichen des Behandlungsziels erforderlich ist und sich in der Erprobung bewährt hat.*

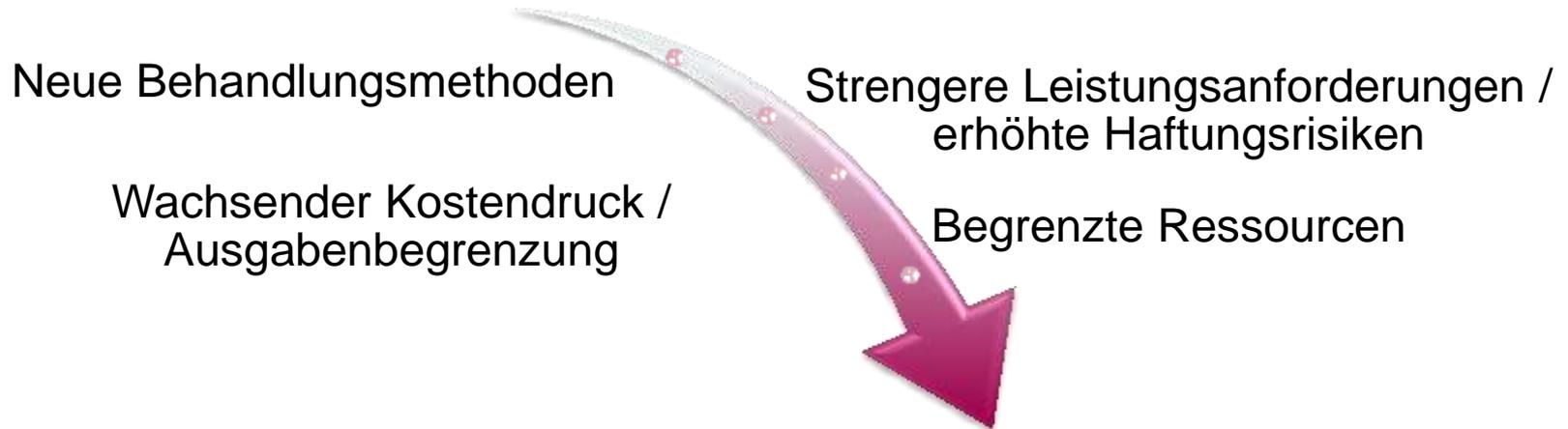
*Maßgeblich sind regelmäßig Leitlinien, die von wissenschaftlichen Fachgesellschaften vorgegeben werden.*

# Allgemein anerkannter fachlicher Standard



# Allgemein anerkannter fachlicher Standard

## Zivilrechtlicher Anspruch nach § 630a -neu- BGB



## Ökonomische Gesichtspunkte aus dem SGB V

## Veränderung des Maßstabes des ärztlichen Handelns?

# Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte

## Rechtsprechung

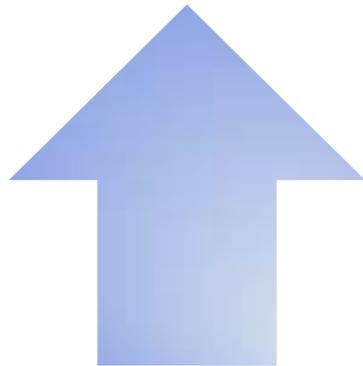
- BVerfG sog. Nikolaus Beschluss  
06.12.2005 - 1 BvR 347/98
- ➔ Kein Ausschluss einer Behandlung unter bestimmten Voraussetzungen:
  - Lebensbedrohende Erkrankung
  - Keine Standardbehandlungsmethode vorhanden
  - Gewählte Methode wirkt spürbar positiv auf den Krankheitsverlauf
- BGH
- ➔ Rechtsprechung zur Arzthaftung und Prüfung der Sorgfaltspflichtverletzung anhand objektiver Maßstäbe

# Vorgaben aus dem SGB V

## Gesetzliche Krankenversicherung

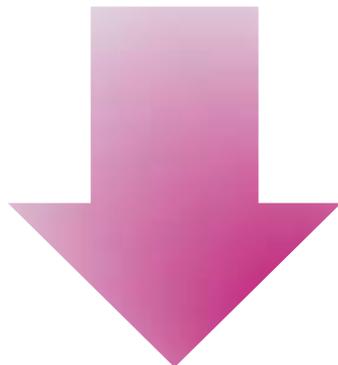
- Wirtschaftlichkeitsgebot (§ 12 SGB V)
- Beachtung der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (§§ 92, 135, 137 SGB V)
  -  Bestimmung des Leistungsumfangs in der gesetzlichen Krankenversicherung
  -  Nach der Rechtsprechung des BSG verbindlich für den Vertragsarzt, die Krankenkassen und die Versicherten

# Unterschiede in den Standards bei einer einheitlichen Behandlung durch den Arzt



Sozialrechtlicher  
Standard

**Spannungsverhältnis**



Medizinischer  
Standard

# Arzt-Patientenverhältnis

- Anspruch aus Behandlungsvertrag versus Bindung an sozialrechtliche Vorgaben
  - Information durch den Vertragsarzt über die Situation im Einzelfall:

Wirtschaftliche Informationspflicht

künftig ausdrücklich in § 630c -neu- BGB geregelt



# Arzt-Patientenverhältnis

## Informationspflichten (§ 630c -neu- BGB)

- *medizinische Informationspflichten*

Verpflichtung des Arztes, den Patient zu Beginn der Behandlung in verständlicher Weise und soweit erforderlich in deren Verlauf sämtliche für die Behandlung wesentlichen Umstände zu erläutern (Diagnose, Therapie, Prognose etc.)

- *wirtschaftliche Informationspflicht*

(therapeutische und wirtschaftliche Aufklärung)

- Positive Kenntnis oder hinreichende Anhaltspunkte von der Unsicherheit der Kostenübernahme
- Unterrichtung über voraussichtliche Höhe der Behandlungskosten
- Umfang der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen ist Vertragsarzt bekannt
- Informationsvorsprung (insb. bei sog. Individuellen Gesundheitsleistungen)

# Informationspflichten

## Fazit:

- Verschärfte Anforderungen durch Kodifizierung der wirtschaftlichen Informationspflicht im BGB
- Arzt trägt die Bürde der Ressourcenverteilung im Gesundheitswesen



**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!**



# *Back up*



# Patientenrechtegesetz

## Weitere Inhalte des Gesetzes:

### Regelungen im BGB

- Informationspflichten (§ 630c -neu- BGB)
- Einwilligung (§ 630d -neu- BGB)
- Aufklärungspflichten (§ 630e -neu- BGB)
- Dokumentation (§ 630f -neu- BGB)
- Einsichtnahme in Patientenakte (§ 630g -neu- BGB)
- Beweislast bei Haftung für Behandlungs- und Aufklärungsfehler (§ 630h -neu- BGB)

### Regelungen im SGB V

- z. B. Unterstützung bei Behandlungsfehlern durch Krankenkassen
- Fehlermeldesysteme, Regelungen durch G-BA
- Patientenbeteiligung